

Herr Bundeskanzler, wagen Sie die Flucht nach vorn!



Von **Robin Alexander**
Stv. Chefredakteur

Veröffentlicht am 17.11.2025 | Lesedauer: 3 Minuten



Robin Alexander

Quelle: Martin U. K. Lengemann/WELT

Friedrich Merz kann die Rentenpläne seiner Regierung nicht bei den eigenen Abgeordneten durchsetzen. Statt mit Kompromissen in eine absehbare Abstimmungsniederlage zu ziehen, sollte Merz den großen Wurf wagen. Das könnte der neue Agenda-Moment sein, auf den das Land dringend wartet.

Auftritte bei der Jungen Union waren für Friedrich Merz jahrelang ein Heimspiel. Diesmal nicht. Dabei hatte der Nachwuchs von CDU und CSU eine Debatte organisiert, auf die das ganze politische Berlin schaute: Der Kanzler erklärte die Rentenpolitik seiner Koalition. Diese muss in wenigen Wochen im Bundestag eine Mehrheit finden. Bisher sieht es danach nicht aus, denn die Abgeordneten aus der eigenen Fraktion beklagen zu Recht, die jüngere Generationen werde überproportional belastet.

Der Kanzler hat bei seinem Auftritt bei der Jungen Union (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article691859fb58d2cfb625f5ceda/streit-um-rente-merz-stellt-sich-junger-union-und-schiesst-gegen-afd.html>) deshalb dafür geworben, den Blick von dem umstrittenen Kabinettsentwurf seiner sozialdemokratischen Arbeitsministerin Bärbel Bas zu heben. Stattdessen solle man auf ein Gesamtpaket zur Rente schauen. Darin werde nicht nur die umstrittene „Haltelinie“ – also die Aussetzung des gesetzlich eigentlich vorgeschriebenen Nachhaltigkeitsfaktors – vereinbart, sondern auch die betriebliche und private Altersversorgung in den Blick genommen.

Was Merz vortrug, war nicht ganz falsch, aber auch nicht ganz richtig: Eine neue „Kenngröße“ – die mehr in den Blick nimmt als nur das Niveau der gesetzlichen Rente – ist nicht im Koalitionsvertrag vereinbart, wie Merz einmal sagte, sondern soll dort lediglich geprüft werden.

Aber auf diese Details kommt es fast nicht mehr an. Denn zu sagen, Merz sei mit seinen Argumenten nicht durchgedrungen, wäre untertrieben. Die Ablehnung war körperlich spürbar. Und sie geht über die Junge Union hinaus. Stand jetzt gibt es keine Mehrheit in der Unionsfraktion.

Damit droht ein zweiter Fall Brosius-Gersdorf. (<https://www.welt.de/vermishtes/article68f1e9a22f6e3c54ca984e60/markus-lanz-frauke-brosius-gersdorf-spricht-ueber-ihre-enttaeuschung-ich-bin-in-der-woche-gefluechtet.html>) Vor der Sommerpause hatte die Unionsführung die Zusage an die SPD, eine linke Verfassungsrichterin mitzuwählen, nicht einhalten können. Schwarz-Rot taumelte in eine schwere Krise.

Scheiterte der Kabinettsentwurf zur Rente, wäre die Koalition wohl am Ende. Durchziehen geht nicht, das ist seit diesem Wochenende klar. Welche Lösungen gäbe es?

1. Die kleine Lösung: Der bisherige Plan, den Gesetzentwurf und die Einsetzung der Rentenkommission mit einem Entschließungsantrag zu verbinden, dürfte tot sein. Das reicht sicher nicht.

2. Die mittlere Lösung: [Bärbel Bas \(https://www.welt.de/politik/deutschland/article691743c9c7cdoff6c6201f9d/bas-gesetzentwurf-man-kann-nicht-118-milliarden-mehrkosten-fuer-junge-generation-verlangen-ju-gegen-rentenplaene.html\)](https://www.welt.de/politik/deutschland/article691743c9c7cdoff6c6201f9d/bas-gesetzentwurf-man-kann-nicht-118-milliarden-mehrkosten-fuer-junge-generation-verlangen-ju-gegen-rentenplaene.html) und der sozialdemokratische Vizekanzler Lars Klingbeil sehen keinen Raum mehr, Merz entgegenzukommen. Aber die Fraktionsvorsitzenden von Union und SPD könnten den Entwurf gemeinsam umschreiben. In der allerersten großen Koalition von Angela Merkel waren die Fraktionsvorsitzenden (Volker Kauder und Peter Struck) so selbstbewusst. Daher stammt der Spruch vom „Struck‘ schen Gesetz“. Problem: Mathias Miersch fehlte schon bei Brosius-Gersdorf die Kraft, Jens Spahn die Hand zu reichen, um den Unfall abzuwenden. Was auch daran liegt, dass viele Sozialdemokraten gerade Spahn nicht vertrauen.

3. Die große Lösung: Haltelinie, Mütterrente und Aktivrente werden wieder eingesammelt. Und der Koalitionsvertrag weggelegt. Merz müsste also genau das tun, was sein Vorgänger Olaf Scholz nach der russischen Invasion in der Ukraine und der von ihm ausgerufenen Zeitenwende versäumt hatte. Merz hat das zur frühen Ursache des Scheiterns der Ampel erklärt. Nun kann er es anders machen.

Dann müssten die Koalitionsspitzen – mit oder ohne Kommission – schnell neu beraten und in einem halben Jahr eine echte, große [Rentenreform \(https://www.welt.de/wirtschaft/plus68fc8df3fcf35fc6883of1c7/die-antwort-auf-das-renten-raetsel-wie-wir-unseren-wohlstand-bewahren-koennen.html\)](https://www.welt.de/wirtschaft/plus68fc8df3fcf35fc6883of1c7/die-antwort-auf-das-renten-raetsel-wie-wir-unseren-wohlstand-bewahren-koennen.html) vorlegen. Die Einbeziehung von Beamten und Selbstständigen in die gesetzliche Rente darf ebenso wenig ein Tabu sein wie ein echter Nachhaltigkeitsfaktor und ein Verzicht auf die „Mütterrente“ als Fetisch der CSU.

Es ist unwahrscheinlich, dass die schwächer gewordenen Parteien der Mitte dafür noch die Kraft finden? Mag sein. Aber es könnte der Agenda-Moment sein, der psychologische Knotenlöser, auf den das Land sehnüchtig wartet.

[Robin Alexander \(https://www.welt.de/autor/robin-alexander/\)](https://www.welt.de/autor/robin-alexander/) *ist stellvertretender Chefredakteur.*

